

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokratie Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Rückkehr aus Genf.

Donnerstag Berichterstattung im Reichstag.

Die deutsche Delegation ist aus Genf zurückgekehrt. Ihr Führer Dr. Stresemann wird heute nachmittag dem Kabinett Bericht erstatten. Am Donnerstag wird dann die sozialdemokratische Interpellation über die auswärtige Politik im Reichstag zur Beratung kommen. Eine Vorberatung im Auswärtigen Ausschuss ist nicht vorgesehen.

Die deutsche Delegation ist sich wohl darüber klar, daß man sie diesmal von keiner Seite her mit Vorbeerbürden in der Hand erwartet. Sie tröstet sich aber damit, daß ja nicht jede der vier alljährlichen Sitzungen des Völkerbundsrats große Sensationen und besonders für Deutschland freudige Ereignisse bringen könne. Man scheint damit zufrieden, daß in den großen Konfliktfragen eine gewisse Beruhigung erzielt worden ist, und daß man, was die speziell deutschen Fragen betrifft, in der mehrmündlichen Angelegenheit zu einem praktischen Ergebnis gekommen ist. Auch von den Danziger Fragen sei ja ein großer Teil erledigt worden. Ein anderer Teil freilich sei auf den September verlegt.

Die Remelländer und die Oberschlesier seien mit der Tätigkeit der deutschen Delegation zufriedener als man es offenbar im Reich selber scheint. Die Hauptkritik an den Genfer Ergebnissen hat sich bekanntlich dagegen gerichtet, daß in der Räumungsfrage nichts erreicht worden sei. Dagegen wird geltend gemacht, daß die Durchführung der Locarnopolitik ja eigentlich gar nichts mit den Sitzungen des Völkerbundsrates zu tun habe.

Man bedauert es in Kreisen der deutschen Delegation, daß ein Teil der deutschen Presse (siehe z. B. den „Lokalanzeiger“ und zahlreiche andere deutschsprachige Zeitungen) die Erkrankung Briands gewissermaßen als simuliert hingestellt habe. Jeder, der in Genf gewesen sei, wisse, daß Briand nicht nur wirklich krank gewesen sei, sondern an unerträglichem Schmerz gelitten habe, daß er nicht aus politischen Gründen zu früh abgefahren sei, sondern länger sich aufgehalten habe als er bei seinem Körperzustand eigentlich durfte.

Allerdings ist man wohl auch in Kreisen der Delegation nicht so optimistisch, anzunehmen, daß man in der Räumungsfrage jetzt schon zu bedeutenden Ergebnissen gelangt wäre, wenn nicht Briands Krankheit einen beschleunigten Abbruch der Unterhaltungen erzwungen hätte.

Niemand kann sich verhehlen, daß es in der Durchführung der Locarnopolitik zu einer gewissen Stocung gekommen ist. Auf französischer Seite versucht man allerdings, diese Stocung auf deutschen Verschulden zurückzuführen, man weist nicht nur auf das Verhalten der „größten deutschen Regierungspartei“ hin, sondern erinnert auch daran, daß Deutschland mit der Annahme des Kriegsgerätesgesetzes und des preußischen Polizeigesetzes im Rückstand sei.

Davon mag soviel als richtig gelten, daß es in Zeiten des deutschen Bürgerblocks und der Regierung Poincaré keinesfalls so etwas geben kann, was man als freudiges Zusammenwirken der Locarnomächte bezeichnen kann. Gleichwohl würde es uns übertrieben scheinen, wenn man im Zusammenhang mit Locarno von einer Krise sprechen wollte. Mag auch die Locarnopolitik ins Stocken geraten sein, so bleibt doch der Locarnovertrag und damit die Grundlage, von der aus auch die Locarnopolitik wieder in ein kräftigeres Tempo gebracht werden kann — sobald die innerpolitischen Konstellationen auf beiden Seiten dies gestatten werden.

Landesverrat?

Man sorgt für die eigene Blamage.

Der Oberreichsanwalt hat gegen die „Frankfurter Zeitung“ ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet. Wegen des Abdrucks von Teilen der Wahraunischen Denkschrift.

Ein Landesverratsverfahren gegen die „Rheinische Zeitung“, unser Parteiblatt in Köln, schwebt noch.

Es ist selbstverständlich, und der Oberreichsanwalt wird selbst nicht daran zweifeln, daß diese Verfahren im Sande verlaufen und mit einer Blamage der Anklagebehörde enden werden.

Der Oberreichsanwalt diskreditiert damit die Justiz. Er schädigt zugleich das Ansehen des deutschen Volkes. Welcher Eindruck muß entstehen, wenn er gegen eine große Zeitung in Deutschland nach der anderen ein Landesverratsverfahren anhängig macht? Soll es denn wirklich so weit kommen, daß jeder anständige Deutsche sein Landesverratsverfahren hat und das Ausland höhnennd sagt: „Die Deutschen, das Volk der Landesverräter“, dank der Verstandlosigkeit unserer Justizbehörden?

Renaudel über Schuld am verlorenen Sieg.

Nicht nur die Radikalen — auch die Sozialisten!

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Abgeordnete Renaudel, der kürzlich aus dem Vorstand der Partei austrat, suchte sich in einer Rede vor seinen Wählern in Toulon zu rechtfertigen. Er erklärte, man besinde sich bereits jetzt schon im vollen Wahlkampf. Die Lage für die Sozialistische Partei sei fürchtbar. Der Sieg vom 11. Mai 1924 sei verloren gegangen hauptsächlich wegen der Ohnmacht der Radikalen, die aber nicht allein schuldig seien, auch die Sozialisten seien mit verantwortlich, denn sie hätten die Radikalen schmächtig im Stich gelassen. Es gäbe jetzt nur ein Mittel für die Linke, nämlich: dem Land die volle Wahrheit zu sagen. Die Sozialistische Partei müsse den Ehrgeiz haben, wieder eine rein sozialistische Partei zu sein. Sie dürfe sich nicht ins Schlepptauder der Kommunisten nehmen lassen. Eine Partei, die regieren wolle, könne sich nicht mit einer solchen Partei, wie der kommunistischen, verbinden.

Poincaré bleibt der Alte.

„Um drei Jahre zurückversetzt.“

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Lunéville hielt Ministerpräsident Poincaré am Sonntag vormittag eine Rede, die stark außenpolitische Färbung trug. Er bemühte sich dabei, die Erfolge seines Außenministers Briand in Genf nach Kräften zu verschleiern. Die Rede, die mit starken Angriffen auf die deutsche Politik und die deutsche Regierung durchsetzt war, findet in der bürgerlichen Presse kein einziges Wort des Kommentars. Lediglich die sehr scharf nach links eingestellte „Volonté“ erklärt die Rede als eine grobe Ungehörigkeit und als einen unfairen Einbruch in die Domäne Briands. Wenn man sie lese, fühlte man sich um drei Jahre zurückversetzt in die Zeit der Ruhebesetzung und wüßte sich fragen, ob man wache oder träume. Es scheint, wenn man die Worte Poincarés hört, als ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der Abschluß des Vertrages von Locarno nicht bestünden. Das sozialistische Parteiorgan, der „Populaire“ erklärt die Rede rundweg als eine Katastrophe. Welche Wirkungen die Rede auf die nationalsozialistische Presse gehabt hat, beweisen die kurzen Ausführungen des „Voenit“, der erklärt, Poincaré habe endlich einmal die notwendige offizielle Feststellung gemacht, daß es mit der Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland nichts sei, denn diese Politik habe absolut nichts eingebracht.

Aus der Rede Poincarés.

Einige Stellen aus der Rede Poincarés seien hier nach dem WTB-Bericht wiedergegeben. Nach einigen Ausführungen über die Leiden Lunévilles während des Krieges erklärte er:

„Trotzdem suchen weder die Lothringer noch die Franzosen in ihren schrecklichen Erinnerungen an den Krieg Gründe ewigen Hasses gegen eine benachbarte Nation. Wenn Deutschland nach seiner Niederlage offen die Regierung und die militärische Klasse, die es in den Krieg getrieben haben, desavouiert hätte, wenn es unsere eigene Verleugnung von 1870 (?)

nachgemacht, wenn es nicht gegen jede Wirklichkeit die niederschmetternde Verantwortlichkeit der kaiserlichen Politik abgelehnt hätte, würde es niemanden in den Sinn gekommen sein, ein Volk mit einem Regime in Verbindung zu bringen und der Allgemeinheit der Deutschen die schrecklichen Attentate zuzuschreiben, deren Zeugen wir gewesen sind. Wir sind zu gerecht, um nicht die notwendigen Unterscheidungen zu machen, und keiner von uns verfolgt alle Deutschen mit einem Haß und einer Rancune, die kontrastieren würde mit den ritterlichen Traditionen Frankreichs. Frankreich hat spontan dem Besiegten die Hand gereicht (Aber erst nach Poincarés Sturz vor drei Jahren! Red. d. V.), jedoch unter einer Bedingung, daß man nicht versucht, ihm seinen Sieg streitig zu machen, noch diesen ihm wegzunehmen. Frankreich hat niemals außerhalb der Verträge oder über die Verträge hinaus etwas gefordert. Es fordert nur die Sicherheit seiner Grenzen und Reparationszahlungen. In Locarno wie in Genf hat Frankreich, glaube ich, ziemlich offensichtliche Beweise seines friedlichen Willens gegeben. Aber warum hat Deutschland vor zwei Wochen offensichtlich nach Eltsabon ein Kriegsschiff entsandt, das noch dazu den Namen Eltsab trägt? Warum hat in den Reden vom 1. und 3. November 1925, d. h. nach Locarno, ein deutscher Minister, und nicht der geringste, erklärt, daß der Verzicht Deutschlands auf die bewaffnete Gewalt lediglich durch die Tatsache diktiert wurde, daß es keine bewaffnete Macht mehr besitzt? Warum hat er erklärt, daß Deutschland in keiner Weise moralisch auf deutsche Provinzen oder deutsche Bevölkerung verzichtet habe? Und warum hat ein anderer Minister ausdrücklich hinzugefügt, daß er

das Eltsab als eine deutsche Provinz

betrachte, und daß Deutschland, wenn es auch auf die Gewalt verzichte, doch auf sein deutsches Gebiet verzichtet habe? Kann die Berliner Regierung glauben, daß eine derartige Auslegung der Locarno-Abkommen den Gefühlen Frankreichs entspricht? Warum lassen andererseits hohe deutsche Finanzautoritäten bereits jetzt durchblicken, daß binnen zwei Jahren Deutschland eine

Revision des Dawes-Planes

fordern und nicht mehr die vorgesehenen Zahlungen leisten werde? Sind das wirklich hinsichtlich der beiden Fragen, die Frankreich für vital halten muß, Worte der Klugheit und der Versöhnung?

Wenn Deutschland uns offen sagen würde: Ich habe auf Eltsab-Lothringen, das ich euch 1871 gewaltsam entrißen habe und das einmütig gegen die Annexion protestierte, verzichtet; ich werde nicht versuchen, es euch durch eine neue Gewalttat noch durch List oder auf irgendeine andere Weise wiederzunehmen — wenn Deutschland gleichzeitig endlich, wie die Völkerverkonferenz am 10. Februar d. J. es gefordert hat, einwilligen würde, seine Polizei zu reorganisieren, die militärischen Verbände aufzulösen, die Arsenale und Kasernen zu veräußern, die es in Verletzung des Vertrages behält und die Niederlegung der verbotenen Festungsanlagen zu beendigen, dann würde es der Welt Friedenspfänder geben, die jede Beunruhigung befeitigen und eine Annäherung erleichtern, die wir bis zuletzt wünschten.

Poincaré schloß seine Rede, indem er erklärte: Frankreich hat nichts mehr zu wünschen, als den Frieden und die Beobachtung der Verträge. Es hat gestern nichts anderes gewollt, es will heute nichts anderes und es wird morgen nichts anderes erstreben.

Als Poincaré diese Rede heute in Lunéville hielt, stand an seiner Seite der Pensionsminister Louis Marin.

Poincaré ist 67 Jahre alt. Sein Kennzeichen war seit jeder ein unausfehllicher Charakter. In dem vor Jahresfrist erschienenen Schlüsselroman „Bella“ hat der frühere Presseschef Briands, Jean Girardoux, von ihm ein verachtendes Porträt gezeichnet. Er ist, wie man hier sagt,

ein „Stänkerer“. Das hat er durch seine neueste Rede wieder einmal bewiesen.

Es wird seit einem Jahre oft versichert, er hätte „umgelernt“. Das mag, was seine innere Einstellung zu den deutschen Problemen betrifft, bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Aber nach außen bleibt er derselbe und wird bis zu seinem letzten Atemzuge derselbe bleiben. Er selbst leidet darunter, daß die Welt ihn nicht begreift und nicht liebt. Er möchte gern, den Menschen etwas anderes einflößen, als bestenfalls Achtung vor seinen Fähigkeiten, seiner Arbeitskraft, seiner Unbestechlichkeit. Doch es gelingt ihm nie und wird ihm nie gelingen. In gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, er wünsche neuerdings sogar, das die Deutschen ihm dasselbe Vertrauen schenken wie Herriot und vor allem Briand. Darauf sind offenbar jene sonderbaren Anspielungen der „DZ“ zurückzuführen, die nach der Abreise Briands aus Genf erklärte, man dürfe nicht „länger auf die Karte Briand“ setzen, sondern sehen, ob man nicht mit Poincaré weiterkomme. Wir haben sofort von dieser Illusion gewarnt und die Rede in Lunéville hat uns über Erwartungen recht gegeben.

Das Traurigste an dieser Rede liegt vielleicht darin, daß sich Poincaré aufrichtig einbildet, er hätte versöhnlich gesprochen! Vielleicht erwartet er sogar ein freundliches Echo aus Deutschland, wenigstens in jenem Teil der öffentlichen Meinung, der mit dem kaiserlichen Regime gebrochen hat. Er begreift aber nicht, daß, selbst wenn alles, was er sagte, wahr wäre, die Tatsache, daß er es sagte und wie er es sagte, nur die Aufgabe der Linkskreise erschwert und die Stellung der Rechten verstärkt.

Trotzdem sei eingeräumt, daß manches von dem, was er über die zweideutige Auslegung der Locarno-Verträge hinsichtlich der Stellung Deutschlands zum Eltsab nicht ganz unberechtigt ist. Auch uns will es nicht gefallen, daß die deutsche Marine eines ihrer Kriegsschiffe „Eltsab“ gekauft hat und damit das schlechte Beispiel Frankreichs nach 1871 nachahmt. Auch uns gefallen die Redewendungen, mit denen man die Tatsachen des endgültigen Verzichtes auf Eltsab-Lothringen den Deutschnationalen zuliebe immer wieder abzuschwächen versucht, ganz und gar nicht. Aber hat man nicht auch in Frankreich den Anhängern Poincarés zuliebe die wahre Bedeutung des Vertrages von Locarno abzuschwächen versucht und seine notwendigen Schlussfolgerungen immer wieder hinausgeschoben?

Was Poincaré sonst an Vorwürfen gegen Deutschland erhebt, sind „Stänkereien“, denen zum Teil jede Spur von Berechtigung fehlt, so z. B. wenn er uns noch immer mit Klagen über die Schutzpolizei und über die Verwendung ehemaliger Kasernen belästigt. Das sind Angelegenheiten, die den Außenminister Briand betreffen, und wenn dieser es nicht für nötig hält, große Reden über solche Detailsfragen zu halten, sondern ihre Regelung mit Stresemann persönlich vereinbart, dann ist es nichts anderes als eine Durchkreuzung der offiziellen Außenpolitik, wenn Poincaré aufs neue die Öffentlichkeit darüber alarmiert.

Es bleibt abzuwarten, welche Folgen dieses persönliche Eingreifen des Ministerpräsidenten in Frankreich haben wird. Poincaré hat am Freitag Briand in dessen Krankenzimmer aufgesucht. Hat er dabei die Einzelheiten seiner beabsichtigten Rede mit ihm durchgesprochen? Und wenn nein, wird sich Briand das gefallen lassen?

Was Deutschland betrifft, so kann es nur mit Bedauern nach dieser Rede einen neuen Rückschlag in den deutsch-französischen Beziehungen feststellen. Auch dann, wenn Poincaré das Gegenteil beabsichtigt haben sollte.

Sozialistischer Gemeinderatsieg in Paris.

Der reaktionäre Kandidat unterlegen.

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Stichwahl in einer Nachwahl zum Pariser Gemeinderat siegte der sozialistische Kandidat Thomas mit 6900 Stimmen gegenüber dem Vertreter des nationalen Blocks, der nur 5800 Stimmen erhielt. Im ersten Wahlgang hatte der Sozialist 4500 Stimmen bekommen, der kommunistische Kandidat Sadoue 3000 Stimmen. Der Kommunist war dann zugunsten des Sozialisten zurückgetreten.

Zwischenfall bei der bulgarischen Thronrede

Sozialisten unterbrechen den König.

Sofia, 20. Juni. (Eig. Drahtber.) Bei der feierlichen Sobranjeröffnung kam es zu einem erregten Zwischenfall. Als der König in der Thronrede von der „Freiheit der Kammerwahlen“ sprach, erfolgte ein Zwischenruf des Sozialistenführers Sakajoff: „Das ist unwahr. Das ganze Volk ist über die gewalttätigen Wahlen empört!“ Die Regierungsfraktion unterbrach Sakajoff mit Hurra-Rufen, worauf der Sozialist Zulfeschew rief: „Damit ersticken Sie die Volksempörung nicht!“ Der König konnte erst nach mehrmaligem Ruhewinken die Thronrede fortsetzen. Die Thronrede debattieren am Dienstag und dürften neue Zwischenfälle bringen.

Drohende Kriegsgefahr!

Die deutschen Kommunisten bekämpfen sie — aber wie!

Die regierenden Männer in Moskau haben die Parole ausgegeben: Drohende Kriegsgefahr! Daraus ergibt sich in Russland das Drama des Wiederauflebens des Terrors. Die deutschen Kommunisten nehmen die Parole befehlsgemäß auf. Bei ihnen wird daraus eine Affentomödie, eine Orgie plumpster Demagogie. Drohende Kriegsgefahr: also wüßte Beschimpfung der Partei der deutschen Arbeiter, der Sozialdemokratie. Drohende Kriegsgefahr: also günstigste Gelegenheit, im Machtkampf innerhalb der kommunistischen Partei die Parole totzureiten. Da deutsche Kommunisten keine Weisgardisten erschließen lassen können, schlachten sie massenhaft kommunistische Oppositionelle. Aus dem blutigen Terror wird bei ihnen ein kleiner Organisationsterror gegen mißliebige Parteigenossen.

Wir lesen in der „Fahne des Kommunismus“:

„Die Berliner Parteiarbeiterkonferenz am 9. Juni begann mit einem sehr symbolischen Skandal: unser Genosse Hüttköper wurde mit physischer Gewalt herausgeschmissen, weil er „ausgeschlossen“ sei, wovon ihm natürlich vorher keinerlei Mitteilung gemacht worden war. Auf dem Podium tobten der „alle eheliche Seemann“ Willem Bied, der „eheliche Transportarbeiter“ Thälmann, unterstützt von eifrigen Ordnern — diese waren sichtlich fatal beerrt von ihrem gemeinen Geschlecht — herum, um einen der wenigen im Saale noch anwesenden Arbeiter herauszuwerfen. Das Korps der Angestellten und Handelsvertretungs-Kommunisten sah sich die widerliche Szene an.

Darauf wurde eine Schließung gemacht: die vorhergehende Parteiarbeiterkonferenz fand noch Anfang Mai statt und war vertagt worden. Dort hatte die Opposition zu allen Fragen Resolutionen eingereicht und Hüttköper war der nächste Redner der Liste. Daher mußte er verschwinden. Jetzt wurde, angesichts der Kriegsgefahr, verfaßt, eine neue Tagesordnung gemacht und Thälmann las ein für ihn verfertiges Referat ab; leider passierte ihm das Besondere, daß er, „angesichts der drohenden Kriegsgefahr“, erklärte, die Frage der Kriegsgefahr werde auf dem ... nächsten Weiskongress behandelt werden. Dieser offiziell 1928 stattfindend soll und wohl überhaupt nie stattfinden wird, kann man sich denken, wie erust die Leute die Kriegsgefahr nehmen, die sie ständig im Munde führen, um jede Diskussion abzumürgen.“

Drohende Kriegsgefahr — aber nicht akut vor dem nächsten kommunistischen Weiskongress im Jahre 1928. Dort wird sie mit meterlangen Resolutionen bekämpft werden.

Wenn es aber ernst wird? Nun, auch darauf wissen die deutschen Kommunisten eine Antwort. In einem Bericht über die Mitgliederversammlung der kommunistischen Jugend im 6. Bezirk liest man in der „Fahne des Kommunismus“:

„In dieser Versammlung erklärte ein 38-jähriger ohne Widerspruch seitens der Leitung und der W. Vertreter, daß es im Falle eines kommenden Krieges durchaus möglich und auch richtig sei, wenn Kommunisten, um Waffen zu bekommen, nicht nur ins Her einziehen, sondern auch an die Front gehen und dort sogar auf russische Rotgardisten schießen.“

Die Leute haben keine Ahnung, welche Gefahr es bedeuten würde, wenn wirkliche Kriegsgefahr Russland drohen würde. Sie würden weder die Größe der historischen Situation noch die Verantwortung der deutschen Arbeiter verstehen. Sie würden in einem Augenblick, wo der Friede Europas und die Sicherheit Russlands auf dem unerschütterlichen Friedenswillen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beruht, nichts anderes kennen als widerlichste Sozialistenhetze und kleinlichsten Fraktionszank in der eigenen Partei.

Die Beamtenbefolgung.

Beratung im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt hat am Montagvormittag nach längerer Pause seine Arbeiten wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung steht eine größere Zahl von Anträgen, Beamtenverhältnisse betreffend. Der wichtigste dieser Anträge ist ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, daß den Reichsbeamten der Befoldungsgruppen I bis VII auf die neue Befoldungsordnung, rückwirkend vom 1. April d. J. ab, Vorauszahlungen von 20 RM. monatlich zu zahlen sind. Entsprechende Vorauszahlungen sind auch den Empfängern von Wartegeld, Ruhegeld, Hinterbliebenenbezügen und Kriegsbeschädigtenbezügen zu gewähren. Die gezahlten Beträge sollen auf die den Benannten nach der neuen Befoldungsordnung zustehenden Bezüge angerechnet werden.

Nach alter, in allen öffentlichen Körperchaften tausendfach geübter Weise suchten die Kommunisten diesen sozialdemokratischen Antrag zu überbieten, indem sie für die Gruppen I bis IV das Doppelte, für Gruppe V einen monatlichen Zuschlag von 25 RM., für Gruppe VI und VII monatliche Zuschläge von 30 resp. 20 RM. forderten. Die Demoskaten eruchten in einem Antrag die Reichsregierung, eine Vorlage zur Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung, rückwirkend ab 1. April 1927, alsbald einzubringen, so daß sie noch vor den Sommerferien des Reichstags in Kraft treten können oder doch ab 1. Juli 1927 mindestens Vorauszahlungen auf die Erhöhungen erfolgen können.

Wohl in Rücksicht auf die Beratung dieser Anträge im Haushaltsausschuß hat das Reichskabinett am Sonnabend, nach, als das Ergebnis seiner Beratungen über die Beamtenforderungen, bekanntgegeben: Es glaube in der Annahme, daß eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nicht eintreten werde, zuzugestehen zu können, daß noch im laufenden Kalenderjahr, und zwar vom 1. Oktober 1927 ab, eine durchgreifende, alle Beamtengruppen umfassende Reform der Beamtenbefolgung erfolgen werde. Teilschlösungen der Befoldungsfrage durch Gewährung vorläufiger Abschlagszahlungen sollen nicht geschaffen werden.

Abg. Brodauf (Dem.) begründete den demokratischen Antrag, indem er auf die Beamtenkündigungen und zahlreichen Kundgebungen in den Beamtenorganen hinwies, aus denen die Notlage der Beamten hervorgehe. Die unteren Beamtengruppen hätten nicht mehr das Existenzminimum. Man könne nicht warten, bis eine neue Befoldungsregelung Platz greife. Sollte sein Antrag keine Annahme finden, so müsse vor Beginn der Sommerferien eine Zwischenlösung stattfinden. Er beantrage für diesen Fall, die Reichsregierung zu ersuchen, die nach dem „Reichsbefoldungsblatt“ Nr. 28 vom 17. Dezember 1926 Nr. 1422 verfügten Maßnahmen für Beamte, Wartegeld- und Ruhegeldempfänger, Hinterbliebene und Angestellte für den 1. Juli 1927 erneut anzuordnen.

Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages wies Genosse Bender darauf hin, daß die verschiedenen Regierungen und alle bürgerlichen Parteien seit 2½ Jahren stets die ungeheure Notlage der Beamten anerkannt hätten. Sobald aber die sozialdemokratische Fraktion in ihren Anträgen diese Anerkennung in die Tat umsetzen wollten, hätten sowohl die Regierungen wie die bürgerlichen Parteien versagt. Seit dem Dezember 1924, als die letzte Erhöhung gewährt worden sei, hätte sich der Lebensmittelpreis um 12 Prozent erhöht. Auch die Beamten bis Gruppe 12 befinden sich nicht in günstiger Lage. Falls die Regierung die Mittel zur Verfügung stellen könnte, würden die sozialdemokratischen auch diese Gruppen 8 bis 12 gerne bedenken. Sei aber das Geld dazu nicht vorhanden, so müsse unbedingt bis Gruppe 7 geholfen werden.

In der Verlautbarung des Kabinettsbeschlusses vom Sonnabend hätte die Regierung, wie bisher stets, wieder eine Hintertür offen gehalten. Wer will eine Gewähr dafür geben, wie die Wirtschaftslage im Herbst und Winter sein wird? Dann wird es wieder heißen, die Voraussetzungen, von denen das Reichskabinett im Juni 1927 ausgegangen ist, treffen nicht mehr zu, die Befoldungsregelung könne nicht Platz greifen.

Als der Genosse Bender ferner darauf hinwies, daß eine neue

Befoldungsregelung nach allen bisherigen Erfahrungen Monate hindurch würde beraten werden, rief der Minister dazwischen: „Ja, warum muß denn das sein?“ Schlagfertig erwiderte ihm Genosse Bender: Das braucht nicht zu sein, wenn der Minister eine Vorlage machen wollte, mit der alle Parteien und Beamtenkategorien zufrieden seien.

Der Abg. Torgler (Komm.) wiederholte mit anderen Worten die Argumente der Redner.

Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler begann seine Ausführungen mit dem verheißungsvollen Satz:

Die periodisch wiederkehrenden Zulagen auf Neuregelung der Beamtenbefolgung, die bisher nicht hätten durchgeführt werden können, sollten nun endlich ihr Ende finden. Das Kabinett stünde einmütig auf dem Standpunkt, daß keine teilweise, sondern alle umfassende Reform Platz greifen solle. Es sollten auch keine Teilschlösungen geschaffen werden, indem Zuschläge auf die bestehende Ordnung gewährt würden. Dazu sei nicht genügend Geld vorhanden. Es könnten nicht am 1. Juli Zuschläge gewährt werden und am 1. Oktober dann die Neuregelung Platz greifen. Das würde nur eine Verzerterung von Geld bedeuten, ohne daß der Kostlage wirklich gesteuert würde.

Bei der Neuregelung muß die Regierung selbstverständlich Rücksicht nehmen auf die Finanzlage.

Allein für das Reich unter Ausschluß von Post und Eisenbahn würde die Neuregelung in die hundert Millionen gehen. Da die Kriegsbeschädigten entsprechend einbezogen werden müssen, würden hunderte von Millionen in Frage kommen. Dazu kämen Post und Eisenbahn, die sehen müßten, wie sie die Gelder für die Befoldungserhöhung aufbringen. Einbezogen werden müßten ferner Ruhegehalts-, Wartegeldempfänger usw.

Selbstverständlich müßten Länder und Gemeinden nachfolgen. Mit dem größten Nachdruck mußte er aber betonen, daß eine Bezugszulassung seitens des Reiches an Länder und Gemeinden für diese neue Gehaltserhöhung unter keinen Umständen eintreten könne. Länder und Gemeinden müßten diese neuen Aufwendungen aus eigenen Mitteln bestreiten. Noch vor einer halben Stunde habe ihm der preussische Finanzminister mit größter Bestimmtheit erklärt, daß für Preußen eine Neuregelung vor dem 1. Oktober nicht eintreten könne.

Wer hat Angst?

Der Prozeß Künstler gegen kommunistische Schimpfblätter.

In dem heute vormittag beginnenden Prozeß des Genossen Franz Künstler gegen die Redakteurin Käsch des halleischen „Klassenkampfes“ hat die Angeklagte und später auch ihr Verteidiger selbst zugegeben, daß sie keinerlei Beweismaterial in der Hand haben, um den Ausdruck „Lügen-Künstler“ zu beweisen.

In der Vernehmung der Angeklagten kam deutlich zum Ausdruck, daß die deutsche kommunistische Partei nicht bestreitet, daß in Russland Giftgasfabriken existieren. Bestritten wird lediglich, daß Giftgasgranaten für die deutsche Reichswehr geliefert worden ist.

Sehr bezeichnend war, daß, als der Anwalt der Angeklagten, Rechtsanwalt Samier, veripäet erschien, er sofort den Antrag stellte, zu prüfen, ob die Klage rechtzeitig eingereicht wäre. Nachdem er sich mit dieser Beweisaufnahme gründlich blamiert hatte, stellte er den Antrag, die Zuständigkeitsfrage zu prüfen. Auch diese Beweisaufnahme, die sehr deutlich zeigte, daß Herr Samier ein übergroßes Interesse hatte, den Prozeß nicht stattfinden zu lassen, gelang nicht.

Der Verteidiger versuchte dann, dem Gericht klarzumachen, daß eigentlich Künstler den Beweis anzutreten habe, daß er kein „Lügen-Künstler“ sei. Auf diese etwas eigenartige Ansicht ging das Gericht aber nicht ein und zog sich nach den Plädoyers der beiden Anwälte zur Beratung zurück.

Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Die Angeklagte Käsch wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 150 M. Geldstrafe, resp. 15 Tage Haft verurteilt. Dem Nebenkläger wird das Recht zugestanden, im „Klassenkampf“ Halle, und „Volksblatt“ Halle, das Urteil bekanntzugeben.

Bockslederne Bücher.

Von Hans Bauer.

Um nicht mißverstanden zu werden: nicht die Bockslederneit des Inhalts, sondern die des Einbandes ist gemeint, und als Fundort kommt daher nicht das Bücherregal eines kaiserlichen Kriegsgerichtsrats in Betracht, sondern die Internationale Buchkunstausstellung in Leipzig. Diese Ausstellung hat sich zum Hauptziel gesetzt, einen Überblick über das buchkünstlerische und buchgraphische Schaffen zu geben. Die ganze Sache kommt einem etwas entlegen vor, und man kauft sich daher einen Katalog, dessen Angaben einen besser in die Materie hinein führen sollen. Das tut der Katalog denn auch. Zunächst einmal zählt er die Protokolle der Ausstellung auf: über Stück an der Zahl. Dann hat eine richtige Ausstellung natürlich auch einen Ehrenausschuß, der aus dem Präsidium und den Mitgliedern besteht, deren Aufzählung acht enggedruckte Seiten beansprucht. Ferner muß eine Ausstellung ihre Kommission, ein Präsidium, eine Aufnahmejury, Mitarbeiter, ein Sekretariat und Förderer haben: alles in allem fünfzehn Seiten bedeutungsvoller Persönlichkeiten, die der Sache die rechte Weihe geben.

Was man dann in der Ausstellung wirklich sieht, das ist das illustrierte bibliophile Buch. Kein Zweifel, daß man tatsächlich ein Stelldichein vieler guter und besser Buchillustratoren des Inlandes und, mit Einschränkungen, auch des Auslandes vorfindet, daß es ein hohes Vergnügen bereitet, aufs neue von den großen Qualitäten eines Christoph, Corinth, Großmann, Busbranson, Kainer, Klemm, Rubin, Weid, Liebermann, Steogt, Ortis, Freetorius, Spiro, Eisner, Erler, um nur einige zu erwähnen, überzeugt zu werden. Aber dann schenkt man durch Saal um Saal dahin und sieht immer wieder Schweins- und Saffianleder und Büten- und Japanpapier, und da fragt man sich: Was soll das? Was hier ausgestellt ist, das ist nichts für's Gehen, sondern etwas für den staubdicht abgeschlossenen Bücherkranz, keine Schmöckeret, sondern eine Augenweide. Ein Buch soll äußerlich anständig und adrett sein — Bibliophilie aber ist ein Grauel. Buch ist Geist. Es soll herausführen aus der Welt der Materie. Bibliophilie aber führt mitten hinein. Da sieht man ein Prachtexemplar von Schopenhauers Aphorismen, einen von Steogt illustrierten „Faust“, den ein argloser Reich sich nur nach gründlicher Desinfektion seiner Hände Sonntag nachmittags — vor weitem anzusehen wagt, einen Band von Holz' „Phantasia“, der schon mehr eine architektonische als eine Buchangelegenheit ist, eine Ausgabe der Walmen, in der eine Sache der Dichtkunst geradezu zur Sache der Malerei gemacht worden ist, und was nicht alles! Ja! nicht noch an vergoldeten, gepolsterten und feillich mit Schlössern versehenen Oberprachbüchern der vereinigten Leder- und Schlosserindustrie. Größter wird das, wenn man nicht nur einmageren zeitentfremde Bücher also herausstapelt, sondern wenn man auch ein von sozialen Forderungen durchpflantes Werk wie die Hauptmannschen „Aber“ bibliophil aufmacht. Die Rote

der verhungerten ober-schlesischen Leineweder in Schweinsleder gebunden und auf Büten gedruckt: wach eine Ironie auf ihr armseliges Geschick! Lieberhaupt Hauptmann! Gerade weil dieser Dichter als Gesamtgestalt so lebenswert ist, und weil wir vieles, was er geschrieben hat, als ewig-schön empfinden, ist es so deprimierend, ihn von Schorwenzlern immer wieder als halbrot be-weihträuchert zu sehen. Da ist der Entwicklung, die sein Werk in der Buchkunst genommen hat, ein ganzes Abteil gewidmet — ihm ganz allein ist diese Ehre zuteil geworden — und im offiziellen Ausstellungskatalog wird er kategorisch als „Größter der lebenden deutschen Dichter“ offeriert, und seinem Anseh wird hier im Ernst nachgerühmt, daß sich im Laufe der Jahre seine Züge immer mehr vergeistigt hätten, und daß ein Gesicht mehr und mehr den Ausdruck zeige, den wir von den Goethebildern her so gut kennen“.

Das deutsche Buch hat einen schweren Stand. Im Zeitalter des Kinos, des Radios, der Zeitungen und der Magazine wollen manche fast glauben, daß seine Zeit überhaupt vorüber ist. Das möchten wir nicht hoffen. Aber das ist gewiß, daß keinesfalls dem feierlichen Bombast des schönen, sondern nur der nützlichen Schlichtheit des guten Buches eine bessere Zukunft gehören kann.

Die Eröffnung der Russischen Naturforschertwoche. In der Aula der Berliner Universität wurde am Sonntag mittag die Russische Naturforschertwoche, die vom 19. bis 25. Juni in Berlin stattfindet, in Gegenwart von offiziellen Persönlichkeiten und Vertretern staatlicher Behörden und Institute eröffnet. Der Präsident der deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Schmidt-Dit, begrüßte die zwanzig namhaften russischen Gelehrten, die auf Einladung der deutschen Regierung zu Vorlesungen über ihr Forschungsgebiet nach Berlin gekommen sind, und gab dem Wünsche Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen der russischen und der deutschen Gelehrtenwelt immer enger und fester werden mögen. Ansprachen hielten der preussische Kultusminister Becker, der russische Botschafter Krelinkin und der Rektor der Universität. Der Leiter der russischen Delegation, der Volkskommissar für das Gesundheitswesen, Professor N. A. Semaschko, dankte allen Rednern namens der russischen Gelehrten für den Empfang und betonte, daß die russischen und die deutschen Gelehrten in den schweren Jahren der Nachkriegszeit sich gegenseitig unterstützt und dafür gefordert hätten, daß die Wissenschaft nicht unterginge. Die gegenwärtige Forschertwoche bedeute eine großartige Demonstration der Freundschaft zwischen den beiden Gelehrtenwelten, die dadurch noch vertieft werde. Seine in deutscher Sprache gehaltene Rede klang in ein Hoch auf die deutsche Wissenschaft aus.

500 Millionen Einnahme der Pariser Theater. Die Einnahmen der Pariser Theater, Varietés, Kinos usw. erreichten im Jahre 1926 nach der jetzt veröffentlichten Statistik die gewaltige Summe von fast 500 Millionen Frank. Das Ueberwältigende dabei ist, daß die eigentlichen Theater, die Opern und Sprechbühnen, bei weitem die größten Summen vereinnahmten, nämlich fast 190 Millionen. Die Revuetheater und Varietés brachten es trotz der herrschenden Revue-mode nur auf 133 Millionen, während die Lichtspieltheater, die

man immer als den finanziellen Ruin der dramatischen Kunst hinstellt, 146 Millionen erzielten. Danach scheint es also doch, daß die Fremden in Paris nicht nur in die Folies-Bergères gehen, wie man manchmal sagt, und unter den Bühnen sind es nicht die Boulevard-Theater, die der leichten Ruhe huldigen, die am meisten einmühen, sondern die vom Staate unterstützten Bühnen. Diese ehrwürdigen Tempel der Kunst, wie die große Oper und die Comédie Française, hatten 44 Millionen Frank in ihren Kassen. Die Pariser Presse schließt daraus, daß von einer Abnahme der Beliebtheit der Theater — wenigstens in der französischen Hauptstadt — keine Rede sein kann. Wenn man von einer „Theaterkrise“ sprechen muß, so liegt diese nicht auf geschäftlichem, sondern auf literarischem Gebiet. Man hat das Theater niemals so geliebt wie heute, und das Theater ist niemals so schlecht gewesen“, urteilt Henry Bidou. Ein Durchfall eines neuen Stückes folgt dem andern, und wenn ein Erfolg zu verzeichnen ist, dann liegt er stets bei der leichten Poffe, während das ernste Drama vollständig verlagert.

Unentgeltliche Theatervorstellungen für Erwerbslose. Auch in der abgelaufenen Spielzeit waren mehrere Volksbühnengemeinden bemüht, ihren erwerbslos gewordenen Mitgliedern wenigstens von Zeit zu Zeit die Möglichkeit eines Vorstellungsbereichs zu schaffen. Gelegentlich wurde auch Erwerbslosen außerhalb der Organisation die Teilnahme an wertvollen Aufführungen ermöglicht. Am weitesten ging darin die Berliner Volksbühne. Gestützt auf ihre beiden eigenen Theaterbetriebe stellte sie im Laufe der letzten Spielzeit den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden insgesamt 70 000 Plätze zur Verteilung an Erwerbslose völlig unentgeltlich zur Verfügung.

Schaljapin nicht mehr „Volkskünstler“. Die russische Regierung soll Schaljapin den Ehrentitel eines „Volkskünstlers“ entzogen haben, weil er für die hungarigen Russen in Paris 5000 Frank gespendet hat. Der große Sänger, der sich gegenwärtig mit seiner Frau in England befindet und von dem 2 Töchter in Frankreich weilen, ist über diese Behandlung entrüstet. „Ich schäme mich meines Vaterlandes“, sagte er. „Diese Bolschewiken haben mir mein ganzes Vermögen fortgenommen. Dann singe ich 5 Jahre lang dem russischen Volk gerade für das bishigen Brot vor. Sie geben mir kein Geld! Da ich denke, daß das für einen Künstler nicht genug ist, so singe ich in anderen Ländern, wo man mich ruft. Es ist wirklich nicht weis, was mir da passiert. Vielleicht habe ich ein Gesetz übertreten. Ich bin kein Kommunist und kein Royalist. Ich verstehe nichts von Politik. Ich bin nur Künstler.“

Der gepöbelte Meißel, das neue Sprechwerk von Bruno Schönlank gelangt. Sonnabend anläßlich der Tagung der deutschen Volksbühnenvereine auf der Magdeburger Idealenausstellung durch den Sprach- und Bewegungsdirektor der Berliner Volksbühne zur Aufführung.

Erich Kleiber ist nach Wien abgereist, um dort mit den Wiener Volksbühnenmitgliedern die Arbeit zu der bevorstehenden Deutschland-Tournee abzumachen. Am 29. Juni galisieren die Wiener Künstler in Berlin.

Die Wilhelm-Ruhner-Hilfs-Ausstellung im Antikienhand des Zoologischen Gartens ist durch Bezeichnung und Kanarische Wilhelm-Ruhner beschriftet worden. Aus Erlös der Regatten, Turnis und Ägler Rennen die Landschaftsstudien, Stragenzigen und sonstige Stützen, zum größten Teil Aquarelle.

Verbandstag der Holzarbeiter.

Schlusstagung.

Die Wahlen erfolgten ohne Debatte gegen Oppositionsstimmen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, ebenso dessen Beisitzer und der Verbandsbeirat. Die Mitglieder des Verbandsausschusses werden nach der Vorschlagsliste der Verwaltungsstelle Stuttgart bestimmt.

Die ausgelegte Beratung der Statuten und Anträge wird fortgesetzt. Abgelehnt wird der Antrag Stuttgart, der Beitragserhöhungen nur durch Urabstimmungen beschließen will. Angenommen wird ein Antrag, daß Verwaltungsstellen mit Jugendabteilungen im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand zum Lehrlingsbeitrag einen Lokalzuschlag von 5 Pf. erheben können.

Angenommen wird auch der Antrag des Verbandsvorstandes, wonach die Verwaltungsstellen berechtigt sind, mit Genehmigung des Verbandsvorstandes von den nach § 14 beitragsfreien Mitgliedern und von Ausgesteuerten einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. zu erheben. Der § 29 Absatz 2 des Statuts, der

die Sätze der Arbeitslosenunterstützung

festlegt, erhält nach dem Vorschlag der Vorbereitungskommission eine neue Fassung. Danach beträgt bei einem Beitrag von 30 Pf. die Unterstützung je nach dem geleisteten Wochenbeiträge 2,40 bis 4,20 M. und steigt bis 9,60 bis 15,90 M. bei einem Beitrag von 1,60 M.

Der § 29 Absatz 4 des Statuts erhält folgende Fassung: „Mitgliedern, die mindestens 78 Vorkurs- und 26 Vollbeiträge geleistet haben, kann Arbeitslosenunterstützung nach den niedrigsten Sätzen gewährt werden.“ Die gleiche Bestimmung gilt auch für den § 57 und die Krankenunterstützung.

Angenommen wird ferner der Antrag des Verbandsvorstandes, der die Streikunterstützung neu regelt. Die Sätze bewegen sich von 2,70 bis 7,50 M. bei einem Beitrag von 30 Pf. und von 19,20 bis 31,80 M. bei 1,60 M. Beitrag. Der Kinderzuschlag bewegt sich bei der Streikunterstützung zwischen 60 Pf. und 1,80 M.

Die Sterbeunterstützung beträgt je nach dem Beitrag 35 M. bis 105 M. Die Unjugendunterstützungssätze bewegen sich zwischen 18 M. und 116 M.

Bei den Anträgen, die die Ortsverwaltungen betreffen, wird der Antrag der Gautage Hamburg und Leipzig angenommen, der das System der Beisitzer im Gauvorstand aushebt.

Unfallverhütung und Gesundheitschutz.

Zu den hierzu gestellten Anträgen haben Vorstand und Beratungskommission eine Entschließung vorgelegt, in der es heißt, daß im Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes der Gedanke eines Maschinenschutzes wieder aufgenommen wurde. Der Verbandstag fordert insbesondere gesetzliche Sicherstellung eines maßgebenden Einflusses der Vertreter der Gewerkschaften, einen gründlichen Ausbau der Gewerbeinspektionen und ihrer Vollzugsgewalt, ferner eine weit häufigere Revision der Betriebe unter Mitwirkung von aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Beamten, eine völlige Umgestaltung der Unfallversicherungsorganisationen, so daß in ihnen auch die Versicherten maßgebenden Einfluß ausüben können.

Der Verbandstag lenkt die Aufmerksamkeit auf die Vergiftungserscheinungen, die in zahlreichen Fällen bei der Bearbeitung gewisser Holzarten auftreten. Besonders ist dies der Fall bei dem sogenannten Spritzverfahren. Er fordert den Erlass zwingender Vorschriften zur Verhütung der Gefahren und die Einwirkung der Erkrantungen durch Bearbeitung giftigen Holzes und des Spritzverfahrens in das Verzeichnis der Berufskrankheiten, die nach der Verordnung vom 12. Mai 1925 den Unfällen gleichgeachtet werden. Die Resolution richtet am Schluß einen

dringenden Appell an alle Arbeiter

in der Holzindustrie, stets eingedenk zu sein, daß die Gesundheit ihr höchstes Gut ist. Die Entschließung wird nach einer eingehenden Begründung des Kollegen Kasper angenommen.

Die Wahl des Ortes des nächsten Verbandstages wird dem Vorstand überlassen, es wird ihm jedoch empfohlen, Bremen zu bestimmen.

Angenommen wird der Antrag des Gautages Frankfurt am Main, der die Anstrengung ausreichender Unterstützungssätze in der gefährlichen Arbeitslosenfürsorge fordert; ferner der Antrag verschiedener Gautage, der ADSB, solle dahin wirken, daß die Altersgrenze bei der Altersversicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

Abgelehnt wird der Antrag Bramsche, wonach Mitglieder, die einer bürgerlichen Sportbewegung angehören und trotz Mahnung nicht austreten, ausgeschlossen werden können.

Abgelehnt wird der Antrag Limbach und Wiesdorf, der

die Stellung des ADSB und des Holzarbeiterverbandes zum englischen Bergarbeiterstreik mißbilligt. Abgelehnt wird auch ein Antrag verschiedener Verwaltungsstellen der Bildung von Erwerbslosenvereinen in allen Verwaltungsstellen verlangt.

Damit ist die Tagesordnung aufgearbeitet.

Truesen spricht im Namen der ausländischen Gäste. Dank für die gute Aufnahme aus und wünscht dem Holzarbeiterverband auch fernerhin Blüten und Gedeihen.

Verbandsvorsitzender Tarnow dankt dem Redner und spricht sich anerkennend aus über den guten Empfang und die Führung durch die Frankfurter Kollegen. Besonders dankte er der Stadt Frankfurt a. M. für die Begrüßung im Tagungslokal und die Feier im Römer. Sodann ließ er die arbeitsreiche Tagung Revue passieren und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Frankfurter Beschlüsse zur weiteren Stärkung des Verbandes beitragen mögen. Frankfurt begrüßte uns in den Farben des neuen Deutschlands, in den Farben der Republik, für die auch die Gewerkschaftler kämpfen, bis sie unsere Republik ist. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband wurde der Verbandstag geschlossen.

Stiftungsfest der Berliner Metallarbeiter.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes feierte am Sonnabend im Saalbau Friedrichshain ihr Dreißigstes Stiftungsfest, das zugleich als Freundschaftsfest mit dem Verband der Kupferschmiede begangen wurde. Den Mitgliedern beider Organisationen, die zu diesem Doppelfest sehr zahlreich erschienen waren und ihren Angehörigen wurde ein Festprogramm geboten, das äußerst geschmackvoll und abwechslungsreich zusammengestellt war. Neben guten musikalischen Darbietungen eines Orchesters des Deutschen Musikerverbandes und des Männerchors Fichte-Georgina 1879 trugen der Sprechchor der Freien Gewerkschaftsjugend, die Freie Turnerschaft Groß-Berlin, die Orpheum-Ländler und eine Anzahl erstklassiger Varietékünstler zur Unterhaltung der Festteilnehmer bei.

Der Berliner Bevollmächtigte, Genosse Ziska, gedachte in seiner Festrede vor allem der unermüdeten und meist unter Verzicht auf Familienglück und Leben verrichteten Arbeit der Funktionäre, die vor nunmehr 30 Jahren an das Werk gingen zur Zusammenfassung der damals so zerstückelten Berliner Metallarbeiterbewegung. Wenn sich die kleineren Organisationen anfangs nur sehr zögernd bereit erklärten, ihre Selbständigkeit aufzugeben, so begannen sie doch bald einzusehen, daß der Kampfboden in der großen, einheitlichen Industrieorganisation ein besserer sei. Wenn heute neben dem Metallarbeiterverband noch die kleine, aber stetig wachsende Organisation der Kupferschmiede besteht, so nur deshalb, weil dem Zusammenschluß noch organisatorische Schwierigkeiten entgegenstehen. Es dürfte jedoch der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo auch die Kupferschmiede, mit denen der Metallarbeiterverband immer im besten Einvernehmen gearbeitet hat, den organisatorischen Ring der freigewerkschaftlichen Metallarbeiterbewegung schließen werden. Genosse Ziska sprach die Hoffnung aus, daß das nächste Stiftungsfest auch unter dem Zeichen der politischen Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft begangen werden möge und schloß seine Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband und die internationale Arbeiterbewegung. Sehr wirkungsvoll war auch noch das im Garten nach Eintritt der Dunkelheit abgebrannte Feuerwerk, das symbolisch den Charakter dieser Gewerkschaftsfeier darstellte. Alles in allem war die Doppelfeier eine bis ins einzelne gelungene Veranstaltung, von der alle Teilnehmer sichtlich befriedigt waren.

Landesarbeitsgericht.

Nach amtlicher Meldung ist zum Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg u. a. unser Genosse Landgerichtsrat Ernst Ruben, Berlin, der Leiter unserer juristischen Zentralstelle und Herausgeber der Zeitschrift „Recht und Sozialismus“, ernannt worden. Ruben ist seit Jahren als Vorkämpfer für die Laiengerichtbarkeit, insbesondere auch auf dem Gebiete des Mietrechts, bekannt und war auch jahrelang Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin.

Lohnkonflikt bei der Holland-Amerika-Linie.

Unter der Bemannung der Holland-Amerika-Linie in Rotterdam ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen, da ein großer Teil der Bemannung nach Beendigung einer Reise sofort entlassen wird, um dann wieder neu anmusterung zu müssen. Auf diese Weise spart die Reederei eine Woche Lohn. Als daher die „Rotterdam“, ein größeres Dampfschiff dieser Linie, dieser Tage in See stechen wollte, lehnte die Bemannung die Wiederanmusterung ab, da sie sich nicht für fünf Wochen Arbeit mit vier Wochen Lohn zufriedenstellen wollte. Auch unser Amsterdamer Blatt „Het Volk“ bemerkt zu diesem Konflikt, daß es hohe Zeit werde, auf der Holland-Amerika-Linie endlich die vielen Schäden zu beseitigen. Vor Anwerbung auf den Schiffen der Linie wird daher auch hierdurch gewarnt.

„Fahrende Leute“ heißt die Sondernummer, die „Das Programm“, das Organ der Internationalen Arbeiterliga, herausbringt. Sie haben es zurzeit bitter-süß, die Deutschen des gebarteten Landes, denn erstens laßt der allgemeine wirtschaftliche Tiefstand auf der vollen Entfaltungsmöglichkeit ihres Gewerbes, zweitens ist das ungünstige Sommerwetter auf und dran, der Zeltlagererheblichen Abbruch zu tun, und drittens laßt auch der einzelne Arbeiter unter der Ueberfülle der Arbeitssuchenden. Dieses Heft des Programms aber sagt deutlich, wir Arbeiter sind noch da, und wir arbeiten. In den Inferaten findet man viele, viele Namen, denn der Arbeiter will und darf nicht in Vergessenheit geraten. Ueberdies kündigen die Unternehmen ihre Spielpläne an, die einsparten Arenen sowohl wie die russischen Staatszirkusse (die immer Wert auf ein hervorragendes Programm legen), der Einmanegenzirkus so gut wie der Dreimanegenzirkus, der nicht nur Zirkus, sondern zugleich Völler- und Tierchau ist. Folglich bekommt eine solche Nummer, man möchte fast sagen, historischen Wert. Im Text findet man Beiträge, die für alle diejenigen von Interesse sind, die sich ernsthaft mit der Geschichte des Zirkus beschäftigen. So entrollt sich vor uns das Leben der Artisten, die oft mit berechtigtem Stolz auf die eigene Leistung blühen können, Geltung im Wirtschaftsleben aber erst durch die Organisation erzwingen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Kultur: R. S. Böcher; Satire und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; (amtlich in Berlin) Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, E. M. W. Lindenstraße 2.



Die Frucht, der notwendige Reisebegleiter.

Der regelmäßige Genuß frischer Früchte zeitigt den natürlichen Abergewinn gegen scharfe Würzung der Speisen und gegen den Mißbrauch des Alkohols. An sich ein vorzügliches Nahrungsmittel, ist die Frucht gleichzeitig ein Schutzwall gegen die den Magen schädigenden Wirkungen des leidet fast immer zu schweren Speisezetteln. Die ungewohnte Gasthauskost während der Reisezeit verlangt ganz besonders eine ständige Regulierung durch die Frucht.

Esst mehr Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit. Das Fruchtkochbuch ist zum Preise von 25 Pf. in allen Buchhandlungen zu haben. Zitronenwasser, bereitet aus frischen Früchten, ist das Getränk des Touristen.

Volkshühne
Theater am Bülowplatz | Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Ein Sommernachtstraum.
Morgen 8 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Der arme Heinrich
Abonn.-Turnus III
Deutsches Theater
Norden 10334-37
3 U. Ende 10 1/2 U.

Metropol-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Glück in der Liebe
Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr
Wenn der junge Wein blüht

Wenig getragene Frackmäntel, Smokingmäntel, Gehrockmäntel, Jacketts, Jagd- und Sportmäntel, Sammetmäntel, Cutaway-Anzüge, Kasinomäntel. Für jede Figur passend. Spezialität: Ausmaßnägel, sportliche Halpern, Kollenthalerstr. 4, erste Etage.

Arbeiterbaugenossenschaft 'Paradies' zu Berlin
Geschäftsstelle Berlin-Bahnhof. Telefon: Grünau 337.
Einladung
Freitag, den 1. Juli 1927, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Angelufer 24-25:
25. ordentl. Generalversammlung.

Sinalco hält Ermattung nieder, stärkt Schaffenden die müden Glieder.

Sinalco ist stärkend, erfrischend, bekömmlich, da aus bestem Zucker und naturreinen Fruchtäromen hergestellt.

CASINO-THEATER
Unwiderruflich nur bis 10. Juni
Der Fehltritt einer Frau.
Gutschein: Faust 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Zum 25. Male Der Hexer
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr. Ende 10 U.

Theat. u. Hallendoppl.
Kurfürst 2091
8 U., Ende gegen 11 Uhr
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kalla

Möbel
Patentmatten „Primissima“, Metallbetten, Auflegematten, Chaiselongues, Wälder, Stargarderstraße 48, 49, 50, Spiegelstraße 12, 13.

Tagungsordnung:
1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz, sowie Beschlussfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes.
3. Bericht von der geschäftlichen Revision.
4. Neuwahlen: a) des Vorstandes, b) Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat.
5. Statutenänderung.
6. Aufhebung des Beschlusses betr. Zahlung eines Verwaltungsbeitrages von 25 Pfennig monatlich.
7. Die Anträge der Genossen.

WINTERGARTEN
im Rahmen des neuen Varieté-Spielplans
DAGMA
das ungelöste Rätsel.
Rauchen gestattet!

Die Komödie
Bismarck 2414/7316
9 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr
Der Snob
Komödie von Carl Sternheim

Walhalla-Theat.
Nur noch wenige Tage abends 8 1/2 Uhr
Die von der Liebe leben!
heymische kleine Welt
Vorzeiger zählt Parkett statt 4 Mk. nur 60 Pf.

Musikinstrumente
Konzertpiano, Klavinetten, verkauft billig, eventuell Zahlungsvereinfachung.
Pianosfabrik Steinmann, Friedrichstr. 16, Vorderhaus 2 Treppen.

Der Vorstand:
G. Dörner, P. Schlichte, G. Pfeiffer.

Reichshallen-Theater
8 Uhr.
Stettiner Sängler
Zum Schluß:
„Eine Hochzeit in der Hölle“
Dönhoff-Brettl's
Varieté, Konzert, Tanz

Verkäufe
Von Rasierern wenig getragene sowie neue Rasierapparate verkauft!
Sportartikel Reichhaus Friedrichstraße 2.
Reine Combatware.

Fahrräder
Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung für ein erstklassiges Markenrad.
Rohrrohbaus Zentrum Linien, Itzke neusebn.

LJUEGENS
ALEXANDER PLATZ
das Spielzeug
Dollarsinn

Pumpen
Pumpenfabrik Berlin N 68, Kalschauerstr. 95
Markenzigaretten: Gaffel Desso, Alexanderplatz 2, L. Aschinger um die Ecke.

Besonders wertvoll sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Anzeige des „Volkens“ und werden sehr billig!

Bergmann
über 70 Filialen in Großberlin
färbt wäscht reinigt
Ihre Garderobe u. Wäsche zur Reise schon jetzt erbeten